

Sachdokumentation:

Signatur: DS 5315

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/5315



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

VIER PUNKTE PLAN FÜR EINEN FREIWILLIGEN SOZIALEN DIENST

Positionspapier Junge Grüne Schweiz, August 2025

In diesem Positionspapier stellen wir unsere Vision für die Einrichtung eines neuen, zeitgemässen freiwilligen sozialen Dienstes vor, der auf freiwilliger Basis allen zugänglich ist und sich an gesellschaftlichen Herausforderungen orientiert.

ALLGEMEINE AUSGANGSLAGE

Die weltweiten Kriegsschauplätze haben in den letzten Jahren zugenommen. Die Konflikte führen zu Tod, Flucht und fördern den Aufstieg der Rechten. Dabei sind stets vulnerable Gruppen die Leidtragenden und müssen die Folgen der Kriegshandlungen tragen.

Die Schweizer Rüstungsindustrie, der Finanzplatz, sowie der Rohstoffsektor profitieren von diesen Kriegen. Die humanitären Hilfeleistungen, welche die Schweiz leistet, sind nur ein Tropfen auf den heissen Stein und stehen in keinem Verhältnis zu den enormen finanziellen Gewinnen, welche Schweizer Firmen aus den weltweiten Kriegen ziehen.

Als eines der wohlhabendsten Ländern dieser Erde und als neutrales Land, sollte die Schweiz mit gutem Vorbild vorangehen und eine aktive pazifistische Politik betreiben. Ein Verbot der Produktion von militärischen Waffen, sowie ein Finanzierungsverbot in Rüstungskonzerne im Ausland müssen gesetzlich verankert werden.

Mit der allgemeinen Wehrpflicht für männliche Bürger verfügt die Schweiz über eine konservative Praxis, die aus dem letzten Jahrtausend stammt. Diese Pflicht ist nicht nur ein massiver Eingriff in die persönliche Freiheit des Einzelnen, sie führt auch zu einer Zwangsmilitarisierung der Gesellschaft. Armeeangehörige werden ausgebildet, um Menschen zu töten. Die militärische Propaganda trichtert ihren Soldat*innen eine vereinfachte Vorstellung von "Gut und Böse" ein und stärkt nationalistische Einstellungen. Das geht nicht an allen spurlos vorbei.

Deshalb bedeutet eine pazifistische Politik die Abschaffung der Schweizer Armee, wobei einige Aufgaben, die heute von der Armee ausgeführt werden, wie Luftpolizei, Katastrophenschutz und Cyberabwehr, von zivilen Organisationen übernommen werden können. Gleichzeitig anerkennen wir, dass die gegenwärtige weltpolitische Lage von autoritären Tendenzen, internationaler Aufrüstung und zunehmender Gewalt geprägt ist. Eine glaubwürdige pazifistische Strategie muss diese Realität reflektieren und Übergangsmodelle schaffen, die Sicherheit ohne Militarisierung ermöglichen. Der Zivilschutz muss ebenso wie der Zivildienst durch einen modernen freiwilligen sozialen Dienst ersetzt werden, der gesellschaftlichen Zusammenhalt stärkt und solidarische Strukturen aufbaut.

UNSER VIER PUNKTE PLAN FÜR EINEN ZEITGEMÄSSEN FREIWILLIGEN SOZIALEN DIENST

1. EIN FREIWILLIGER SOZIALER DIENST FÜR ALLE UND DAS ENDE DER DIENSTPFLICHT

Der heutige Zivildienst stellt lediglich einen Ersatzdienst dar. Dies bedeutet, dass grundsätzlich alle volljährigen Schweizer Bürger militärpflichtig sind und nur bei einem Gewissenskonflikt, körperlichen Einschränkungen oder einer psychischen Untauglichkeit eine Befreiung der militärischen Dienstpflicht in Betracht gezogen wird.

Wir müssen vom Gedanken wegkommen, dass es in Ordnung ist, wenn der Staat Menschen dazu zwingt, Militärdienst zu leisten. Eine freie Gesellschaft ist erst dann frei, wenn sie sich von den Fesseln einer Dienstpflicht befreit. Wir wollen die Grundlage schaffen für eine Gesellschaft, in der sich Menschen für etwas engagieren wollen. Menschen sollten sich dafür engagieren können, was ihnen als sinnvoll erscheint.

Die Jungen Grünen fordern die Abschaffung jeder Dienstpflicht, sodass kein obligatorischer Dienst aufrechterhalten werden kann. Der neue freiwillige soziale Dienst soll auf freiwilliger Basis geleistet werden. Zudem soll er grundsätzlich offenstehen für alle in der Schweiz lebenden Personen ab 15 Jahren, solange die obligatorische Schule abgeschlossen ist.

2. EIN FAIR BEZAHLTER DIENST

Der aktuelle Zivildienst ist von Lohndumping betroffen: Die minimalen Erwerbsausfallentschädigungen reichen nicht einmal aus, um die Schweizer Armutsgrenze zu erreichen. Dabei werden Einsätze in gesellschaftlich systemrelevanten Bereichen geleistet, von denen das ganze Land profitiert – das rechtfertigt ein faires und angemessenes Einkommen.

Die Jungen Grünen fordern, dass der neue Dienst mit mindestens 120 Franken pro Einsatztag entlohnt wird. 80% des vorherigen Lohnes sollen garantiert bleiben.

3. EIN FLEXIBLER DIENST, ANGEPASST AN DIE HEUTIGE LEBENSREALITÄTEN

Bei allen Arten der Dienste (Militärdienst, Zivildienst, Zivilschutz) ist heute vorgegeben, wie lange die Dienstpflicht dauert und meistens auch wann diese absolviert werden muss. Das Pensum beträgt ausnahmslos 100% und bietet keine Flexibilität in Bezug auf die individuelle Lebensplanung.

Dies steht sowohl im Widerspruch zur heutigen Zukunftsplanung junger Erwachsener als auch zur Arbeitsorganisation der schweizerischen Bevölkerung, die vielfältiger und flexibler geworden ist.

Die Jungen Grünen fordern, dass die Anzahl der Dienstage im freiwilligen sozialen Dienst frei

wählbar ist. Die minimale Einsatzdauer soll jedoch 26 Tage betragen, die maximale 730 Tage. Zudem soll der Dienst auch in Teilzeit ab einem Pensum von 50% möglich sein.

4. EIN DIENST DER CARE-ARBEIT UND FREIWILLIGENARBEIT ANERKENNT

In der heutigen Gesellschaft werden viele wichtige Arbeiten, Ämter, Engagements teilweise oder vollständig freiwillig ohne Bezahlung, also ehrenamtlich, ausgeübt. Diese Arbeiten sind essentiell für die Aufrechterhaltung unserer Gesellschaft. Meist bleiben sie jedoch unbeachtet und teilweise realisieren selbst die Akteur*innen nicht, wie wertvoll ihre Arbeit ist, welche sie unbezahlt für die Gemeinschaft verrichten.

Daher ist es nicht erstaunlich, dass unbezahlte Arbeit der Schweiz den grössten Anteil der geleisteten Arbeitszeit ausmacht. Ein grosser Teil davon ist Care-Arbeit¹, die für Familien und Angehörige unverzichtbar ist (z.B. Pflege zu Hause, Kinderbetreuung, Hilfe für ältere und mobilitätseingeschränkte Personen), sowie Freiwilligenarbeit, etwa in lokalen Vereinen oder gemeinnützigen Organisationen (z.B. Quartiervereine, Prävention und Gesundheitsförderung, ehrenamtlicher Umweltschutz). Diese Tätigkeiten sind zentral für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, werden aber bisher im Rahmen des Zivildienstes nicht anerkannt.

Die Jungen Grünen fordern, dass der neue freiwillige soziale Dienst Care-Arbeit und bestimmte Formen der Freiwilligenarbeit anerkennt. Für solche Tätigkeiten soll ein Einkommen möglich sein.

SCHLUSSBEMERKUNG:

In vielen systemrelevanten Jobs herrscht heute Personalmangel, mehrheitlich ausgelöst durch schlechte Arbeitsbedingungen und unterdurchschnittliche Saläre (z.B. im Gesundheitswesen). Anstatt dass die Politik in diesen Bereichen bessere Bedingungen schafft und die sie attraktiver macht für Arbeitnehmende, werden mit Zivildienstleistenden die Personallücken geschlossen. Dies zeigt, dass die Einsatzbereiche des Zivildienstes systemrelevant sind.

Ein freiwilliger sozialer Dienst soll zudem eine Kritik am heutigen System darstellen, welches darauf ausgelegt ist, dass nur Arbeiten monetär bezahlt werden, welche zum Wirtschaftswachstum beitragen und somit dem kapitalistischen System dienen. Ausserdem soll ein zukünftiger freiwilliger Dienst den Menschen eine Möglichkeit bieten, auf einer niederschweligen Ebene Einblicke in neue Bereiche zu bekommen und so den eigenen Horizont zu erweitern.

verabschiedet von der Mitgliederversammlung am 9. August 2025 in Yverdon-les-Bains

¹ **Zur Erläuterung der Care-Arbeit:** Care-Arbeit wird heute nach wie vor überwiegend von Frauen übernommen. Wir fordern, dass Care-Arbeit fair verteilt und gesellschaftlich anerkannt wird.